

Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 2/19

01.02.2019



Am 31. Januar sprach Matthias Hauer MdB im Plenum des Deutschen Bundestages zum Brexit-Steuerbegleitgesetz. Damit sollen die negativen Folgen des Brexits reduziert werden. © Parlamentsfernsehen

Ergebnisse der Kohlekommission

Am 6. Juni 2018 hat die Bundesregierung die Einsetzung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ beschlossen, die in dieser Woche ihren Abschlussbericht veröffentlicht hat. Bis spätestens 2038 soll der Ausstieg aus der Kohleverstromung vollzogen sein. Einen besonderen Fokus legt die Kommission bei ihrem Bericht auf die Versorgungssicherheit, stabile Strompreise und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen. In den Jahren 2023, 2026 und 2029 sollen die Maßnahmen laut Kommission einer umfassenden Überprüfung durch ein unabhängiges Expertengremium unterzogen werden, um gegebenenfalls nachzusteuern. Dabei soll überprüft werden, wie sich der schrittweise Ausstieg aus Braun- und Steinkohle auf das Erreichen der Klimaziele, die Strompreise, die Sicherheit der Stromversorgung, die Arbeitsplätze, den Strukturwandel und die regionale Wertschöpfung auswirke. Im Jahr 2032 wird zudem die Frage beantwortet, ob der Ausstieg auf das Jahr 2035 vorgezogen werden kann.

Gesetz zu Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch

Das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz hat am 29. Januar den Referentenentwurf zur Änderung von § 219a des Strafgesetzbuches (StGB) vorgestellt. Ziel des Entwurfs ist die Verbesserung der Information von Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch in Erwägung ziehen, sowie Rechtssicherheit für Ärzte, Krankenhäuser und Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Gleichzeitig soll das Verbot der Werbung für den Schwangerschaftsabbruch erhalten bleiben. Neben der Ergänzung in § 219a, dass die entsprechenden medizinischen Stellen auch öffentlich ohne Risiko der Strafverfolgung über die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen informieren dürfen, soll es eine von der Bundesärztekammer zentral geführte Liste mit Ärzten, Krankenhäusern und Einrichtungen geben, die auch Angaben über die jeweils angewendeten Methoden enthält.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Essenerinnen und Essener!

Die Wählerinnen und Wähler im Vereinigten Königreich haben im Juni 2016 für einen Austritt aus der EU und damit auch aus dem Europäischen Wirtschaftsraum gestimmt. Auch wenn das Ergebnis des Referendums knapp und eine Momentaufnahme war, so gilt es, die Entscheidung zu respektieren.

Mit dem Brexit-Steuerbegleitgesetz und weiteren Maßnahmen versuchen wir, die negativen Folgen des Brexits abzumildern und auf die möglichen Szenarien vorbereitet zu sein. Als Berichterstatter der Unionsfraktion für den Finanzmarktteil des Gesetzes habe ich dazu gestern im Plenum gesprochen (siehe Seite 2).

Am vergangenen Wochenende startete zudem die Plakatierung für den Bürgerentscheid auf der Ruhrhalbinsel. Die Wählerinnen und Wähler in den Stadtteilen Kupferdreh, Burgaltendorf, Byfang, Heisingen und Überrauch entscheiden am 24. Februar darüber, ob zeitweise das Parken auf dem Kupferdreher Marktplatz erlaubt werden soll (siehe Seite 4).

Sie haben Anregungen oder Fragen zur Politik in Essen oder Berlin? Nutzen Sie dazu gerne meine Bürgersprechstunden oder meine Kontaktdaten (siehe Seite 4).

Ihr

Matthias Hauer MdB



Berlin



Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble bei seiner Rede während der Gedenkstunde für die NS-Opfer im Plenarsaal des Deutschen Bundestages am 31. Januar © Bundesregierung/ Sandra Steins

Vorbereitungen für den Brexit

Die negativen Folgen des Brexits reduzieren – das ist das Ziel eines Maßnahmenpakets, das am 31. Januar im Deutschen Bundestag diskutiert wurde. Ein ungeordnetes Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU und damit aus dem Europäischen Wirtschaftsraum würde zu großer Rechtsunsicherheit führen. In seiner Rede im Plenum zum Brexit-Steuerbegleitgesetz appellierte Matthias Hauer MdB, in Europa stärker zusammenzurücken, um die europäische Idee von Frieden, Freiheit sowie Wohlstand hochzuhalten und sich gleichzeitig auf die verschiedenen Brexit-Szenarien bestmöglich vorzubereiten.

Mit dem Gesetz will der Bundestag die negativen Folgen eines „Hard Brexit“ – also des Ausscheidens ohne gemeinsames Abkommen – für den Steuer- und Finanzmarktbereich abmildern. „Wir werden in den anstehenden Beratungen den Gesetzentwurf kritisch beleuchten. Am Ende muss eine Lösung stehen, die den Finanzplatz Deutschland stärkt und für die Beteiligten möglichst Rechtssicherheit schafft“, so Matthias Hauer am Ende seiner Rede. Am 11. Februar wird der Finanzausschuss im Rahmen einer Anhörung intensiv Sachverständige zu Details des Gesetzentwurfs befragen.

Hintergrund



© Bundesregierung / Sandra Steins

Gedenken an NS-Opfer

In einer Sonderveranstaltung hat der Deutsche Bundestag am 31. Januar der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) bezeichnete die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen als wesentliche Lehre aus den Verbrechen der Nationalsozialisten.

Die Hauptrede hielt anschließend der israelische Historiker Saul Friedländer (Bild oben). Er überlebte den Holocaust im Versteck, während seine Eltern in Auschwitz ermordet wurden.

Der Bundestag gedenkt traditionell zum Holocaust-Gedenktag den Millionen Opfern des Nazi-Regimes. Anlass ist die Befreiung des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945. Allein dort wurde mehr als eine Million Menschen getötet.



Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe Q1 der Goetheschule in Bredeneby waren am 31. Januar zu Gast bei Matthias Hauer MdB im Deutschen Bundestag. © Deutscher Bundestag/Inga Haar

Bredeneyer Schüler besuchen Berlin

Für die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten, die Abläufe im Deutschen Bundestag und für aktuelle politische Themen interessierten sich die Schülerinnen und Schüler der Bredeneyer Goetheschule. Am 31. Januar haben sie ihren Essener Bundestagsabgeordneten in Berlin besucht. Im Gespräch mit Matthias Hauer MdB kam unter anderem die Frage auf, warum er sich damals für die CDU entschieden habe. Die Antwort war klar: „Weil die CDU die Partei der Sozialen Marktwirtschaft und eindeutig pro-europäisch ist“, betonte der Essener Politiker. Bei ihrem Besuch im Deutschen Bundestag konnten die Jugendlichen der Jahrgangsstufe Q1 die parlamentarischen Abläufe und die Gebäude des Bundestages auch näher kennenlernen. So besuchten sie unter anderem eine Plenarsitzung und die Kuppel des Reichstages.

Essen



Mit Vertretern von Gewobau Essen eG, Allbau GmbH, Wohnbau eG Essen, Margarethe Krupp-Stiftung für Wohnungsfürsorge, Wohnungsgenossenschaft Essen Nord eG und dem VDW-Verbandsdirektor diskutierte Matthias Hauer MdB am 22. Januar die aktuelle Situation auf dem Essener Wohnungsmarkt. Im Fokus des Gesprächs mit der Arbeitsgemeinschaft der Wohnungsunternehmen der Stadt Essen stand das Thema Grundsteuer.



Gespräch mit der Wohnungswirtschaft: Grundsteuer neu und fair regeln

Grundsteuer, Wohnungsbau, Mietpreise und Essener Wohnungsmarkt: Am 22. Januar hat sich Matthias Hauer MdB dazu mit der Arbeitsgemeinschaft der Wohnungsunternehmen der Stadt Essen ausgetauscht. Gerade das Thema Grundsteuer wurde intensiv diskutiert, weil dazu noch in diesem Jahr eine Neuregelung erfolgen muss. „Durch die

Grundsteuer nimmt die Stadt Essen jährlich rund 134 Millionen Euro ein, die sie für kommunale Aufgaben dringend braucht“, so Matthias Hauer. „Wir brauchen eine faire Neuregelung, die einer verfassungsrechtlichen Überprüfung standhält und keine Ungerechtigkeiten produziert.“ Das von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) bevorzugte Modell sei ein Bürokratie-Monster, so der Essener Abgeordnete. „Dadurch werden vergleichbare Situationen teilweise völlig unterschiedlich besteuert und dringend notwendige Investitionen werden verhindert.“

Austausch mit albanischer Honorarkonsulin

Am 23. Januar hat sich Matthias Hauer MdB mit der Honorarkonsulin der Republik Albanien, Anduena Stephan, getroffen. Bei diesem ersten Gespräch tauschten sich die beiden vor allem über Themen der politischen Bildung, der albanischen Diasporavereine und der internationalen Zusammenarbeit aus. Anduena Stephan stellte außerdem die Arbeit der Integrativen Deutsch-Albanischen Gesellschaft (IDEAL) vor, dessen Vorsitzende sie ist. Schwerpunkte des Vereins liegen in der Förderung der vollständigen Integration albanischer Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft, der Aus- und Weiterbildung im Berufsleben sowie in der Unterstützung jüngerer Zuwanderer bei ihrer Identifikation mit der albanischen und deutschen Kultur und Geschichte.



Matthias Hauer MdB mit der Honorarkonsulin der Republik Albanien, Anduena Stephan



Zu Gast in Borbeck: Mit Mitgliedern der örtlichen IG BCE diskutierte Matthias Hauer MdB über bundespolitische Themen.

Politische Diskussion in Borbeck

Bei ihrem monatlichen Treffen sprach Matthias Hauer MdB am 24. Januar mit den Borbecker Mitgliedern der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) über bundespolitische Themen. Dabei standen vor allem aktuelle Gesetze im Mittelpunkt, die der Deutsche Bundestag in den letzten Monaten auf den Weg gebracht hat. „Es war eine angeregte Diskussion, bei der wir uns unter anderem über bezahlbares Wohnen, Unterstützung für die Polizei und Deutschlands Rolle in der Europäischen Union ausgetauscht haben“, so der Essener Politiker. Über Wahlkreisgrenzen hinweg besucht Matthias Hauer regelmäßig Vereine und Institutionen, um sich mit deren Mitgliedern über bundespolitische Themen und konkrete Anliegen an die Bundespolitik auszutauschen.

Kontakt



Parken auf dem Kupferdreher Markt

„Sind Sie dafür, dass das Parken auf dem Kupferdreher Marktplatz während der Umbauphase unter der Autobahnbrücke außerhalb der Wochenmarktzeiten mit Parkscheibenregelung erlaubt wird?“ – Über diese Frage dürfen Bürgerinnen und Bürger aus den Stadtteilen Kupferdreh, Byfang, Burgaltendorf, Heisingen und Überrauch am 24. Februar im Rahmen eines Bürgerentscheids abstimmen. „Ich unterstütze die Werbegemeinschaft Essen-Kupferdreh e.V. dabei, dieses zeitlich begrenzte Parken zu ermöglichen“, sagt dazu Matthias Hauer MdB. „Einzelhandel vor Ort – wie in den Stadtteilen der Ruhrhalbinsel – ist wichtig. Dazu gehört auch, dass während einer viele Jahre andauernden Umbaumaßnahme alternative Parkmöglichkeiten ausgewiesen werden.“

Sprechen Sie Matthias Hauer gerne an!



Seit September 2013 ist Matthias Hauer der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für den Essener Süden und Westen.

In der aktuellen Wahlperiode gehört er dem Finanzausschuss und dem Ausschuss Digitale Agenda an. Zudem ist er stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss, im Ausschuss für Inneres und Heimat sowie im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz.

Haben Sie Fragen oder Anregungen? Dann nutzen Sie gerne die folgenden Kontaktmöglichkeiten.

Unterstützen Matthias Hauer in Essen und Berlin: Carolin Adamek, Britta Kremer, Savina Lobina, Dirk Alexander Stahns, Cathérine Ricken-Lefor, Cornelius Gerster und Katrin Arnholz (v.l.)
© Deutscher Bundestag/ Inga Haar

Büro Berlin

Deutscher Bundestag
Matthias Hauer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169
Fax: 030 227 76169

Büro Essen

Matthias Hauer MdB
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100
Fax: 0201 545 46101



E-Mail: matthias.hauer@bundestag.de

Facebook: [facebook.com/matthiashauer.cdu](https://www.facebook.com/matthiashauer.cdu)

Twitter: twitter.com/MatthiasHauer

Internet: matthias-hauer.de